

Plenum aktuell

Plenarsitzungen

27. und 28. Januar 2016

Initiativen und Positionen
(Stand 27.1.2016)

Aktuelle Stunden

„Kritik des Landesrechnungshofs an rot-grünen Windkraftsubventionen – rechtswidriges Regierungshandeln kostet die Steuerzahler Millionen“

Windiger Rabatt. Der Landesrechnungshof kritisiert, dass die rot-grüne Landesregierung zu geringe Ausgleichszahlungen für den Bau von Windrädern verlangt. Für Schäden an der Natur hat die Landesregierung von der Windkraftindustrie nur 10 Prozent der vorgeschriebenen Summe eingefordert. Dadurch fehlen der öffentlichen Hand fast 7 Millionen Euro Einnahmen in der Kasse.

Für die ideologische Verblendung von Rot-Grün darf wieder einmal der Steuerzahler aufkommen. „Die Rechtsaufsicht des Umweltministeriums hat komplett versagt“, kritisiert der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Alexander Licht. Die rechtswidrige Subventionierung von Windkraftbetreibern und die chaotische Politik von Umweltministerin Höfken in dieser Sache macht die CDU-Fraktion zum Thema einer Aktuellen Stunde.

„Große Not an Grundschulen –

Berechtigte Kritik der Grundschullehrer an schlechten Arbeitsbedingungen und der verfehlten Bildungspolitik der rot-grünen Landesregierung“

Katastrophale Zustände an rheinland-pfälzischen Grundschulen. Lehrer kritisieren unter anderem Unterrichtsausfall, schlechte berufliche Perspektiven, veraltete Technik, unbesetzte Schulleitungen. Der Verband Bildung und Erziehung hat dazu eine umfangreiche Mängelliste vorgelegt.

Sie basiert auf Befragungsergebnissen von 410 Grundschulen im Land. Danach hat jede zehnte Grundschule keine Schulleitung mehr. Der VBE kritisiert eine "systematische Unterfinanzierung rheinland-pfälzischer

Grundschulen". Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Bettina Dickes, erklärt, die Bildungspolitik der Landesregierung gehe zu Lasten der Qualität. Die Situation an den Grundschulen sei geprägt von einer falschen rot-grünen Bildungspolitik. Für die Schulen bedeute das konkret: "Inklusion mit der Brechstange, kleinere Klassengrößen erkaufte durch weniger Schulstunden, Flüchtlingskinder, die ab dem ersten Tag ohne Deutschkenntnisse am Unterricht teilnehmen."

Parlamentsanträge

Wirksame Unterstützung älterer Menschen und Menschen mit Pflegebedarf und Behinderung -

Weiterentwicklung der Wohnformen und Sicherung ihrer Teilhabe

(Entschließung zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Wohnformen und zur Stärkung der Teilhabe“)

In Würde altern - der Wunsch von uns allen, ob in den eigenen vier Wänden oder in einer freundlichen und lebensbejahenden Umgebung. Dazu benötigen ältere Menschen unterstützende Maßnahmen, die ihnen noch eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen.

Evaluierung zeigt eklatante Schwächen

Die Landesregierung hat 2009 die entsprechenden Rahmenbedingungen gesetzlich geregelt. Nach einer Evaluierung des Gesetzes 2013 stand bereits fest, dass erhebliche Mängel vorliegen. Regelungen wurden getroffen, die dem von der Landesregierung selbst erhobenen Anspruch nicht entsprechen und die sich in der Praxis nicht bewährten.

Neustart notwendig

Die Landesregierung hat mit dem nun vorliegenden Gesetzentwurf Nachbesserungen versucht. Eine Anhörung im Sozialpolitischen Ausschuss hat aber deutlich gemacht: Hier kann nur ein Neuanfang helfen. Vor allem das Selbstbestimmungsrecht von Men-

schen mit Behinderungen nimmt der Entwurf von Rot-Grün nicht ernst. Einrichtungen sehen sich überfordert und mit Risiken konfrontiert.

Die CDU-Fraktion hält einen anderen Ansatz für notwendig und fordert unter anderem:

- Auf überzogene Grundsatzserklärungen, deren Einhaltung in der Praxis nicht verifiziert werden kann, zu verzichten.
- Eine klare und differenzierte Einteilung der Einrichtungen, für die das Gesetz gilt.
- Überregulierung ist zu vermeiden.
- Mehr Freiraum der Einrichtungen für Entwicklungen.
- Auf deren Kompetenz zu setzen.
- Entwicklung und Weiterentwicklung neuer Wohnformen zu unterstützen.

Integration ist Pflicht

Orientierung geben und orientiert sein. Aufgabe der Politik ist es, Flüchtlingen zu helfen, auch dabei, sich im neuen Kulturkreis zu Recht zu finden und unsere Sprache zu lernen. Flüchtlinge brauchen Aufklärung über unser Land und über unser Grundgesetz, über unsere Regeln, die Achtung, Würde, Freiheit und Gleichberechtigung garantieren. Diese Regeln ohne Wenn und Aber einzuhalten, ist Aufgabe und zugleich Verpflichtung für jeden Menschen, der ganz oder zeitweise in Deutschland leben möchte.

Verpflichtende Regeln

Im vergangenen Jahr sind allein eine Millionen Menschen als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Viele von ihnen kommen als anerkannte Flüchtlinge oder erhalten einen Asylstatus. Wer bei uns bleiben will, darf nicht das ablehnen, was unser Land ausmacht. Integration darf keine Absichtserklärung sein, sondern eine verbindliche Verpflichtung zur eigenen Anstrengung. CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner fordert deshalb ein „Integrationspflichtgesetz“.

„Wir reden viel über ein Einwanderungs- und Zuwanderungsgesetz. Was jetzt aber am dringlichsten ist, ist die gelingende Integration derer, die neu zu uns kommen und bleiben. Dazu zählt nicht nur das Angebot zu Sprachkursen, sondern explizit die verbindliche Teilnahme. Frauen und Männer sind bei uns gleichberechtigt. Antisemitismus, Homophobie oder Weigerungen, von Lehrerinnen unterrichtet zu werden, lassen wir nicht gelten. Meinungs-, Religions- und Pressefreiheit sind für uns nicht verhandelbar - da kann es auch keine Ausnahmen aus Gründen der Religion oder Kultur geben.“

Integrationsvereinbarung

Die Integrationsvereinbarung sollte mit Arbeitssuchenden von der Agentur für Arbeit und für alle anderen mit den Ausländerämtern geschlossen werden:

- Sie orientiert sich an der bereits bewährten Praxis der Eingliederungsvereinbarung im SGB II.
- Sie beschränkt sich jedoch nicht auf die Arbeitsintegration, sondern weitet den Blick auf einen umfassenden Integrationsbegriff.
- Sie hält fest, welche Angebote besucht werden. Dies ermöglicht ein individuell passendes Integrationsprogramm und die Möglichkeit alle Angebote verbindlich zu gestalten.

Regelverletzungen sofort sanktionieren

Sollten die Integrationspflichten nicht eingehalten werden, muss es spürbare Sanktionsmöglichkeiten geben. Die Vorkommnisse in Köln haben gezeigt, dass wir effektive und schnelle Konsequenzen für den Fall brauchen, dass unsere Rechtsordnung verletzt wird und kein Integrationswille erkennbar ist. Rasche Neubewertungen der Aufenthaltstitel sind hier wichtig. Geringere Pflichtverletzungen, sollten die Möglichkeit von Leistungskürzungen - analog zu bereits bewährten Regeln im SGB II – oder ein Bußgeld nach sich ziehen können.

Die CDU-Fraktion fordert in ihrem Antrag die Landesregierung auf:

- Sich auf Bundesebene einem Integrationspflichtgesetz nicht zu verschlie-



ßen, sondern offensiv für dessen Verwirklichung einzutreten.

- Verpflichtende Integrationsvereinbarungen zu etablieren, die mit klaren und spürbaren Sanktionen auch durchgesetzt werden.

- Sich dafür einzusetzen, dass nach der Einreise jeder Migrant eine Rechtsstaatsvereinbarung unterschreiben muss, die in der Herkunftssprache die Werte unseres Landes deutlich macht.

Armutsbekämpfung durch Armutsprävention

In Rheinland-Pfalz gibt es immer mehr Menschen, die von Armut bedroht sind. Das zeigt der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung 2015. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Familien mit vielen Kindern und Erwerbslose.

Gleiche Chancen durch Bildung

Die soziale Herkunft von Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Daher muss Politik für Chancengerechtigkeit sorgen die allen Möglichkeit zu Bildung und Ausbildung gibt. Dafür brauchen wir Flexibilität, Differenzierung und Durchlässigkeit im Bildungssystem. Hier hilft es nicht, wenn Rot-Grün die Zukunft der Förderschulen in Frage stellt.

Familien unterstützen

Das Armutsrisiko ist bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern nach Alleinerziehenden und Einpersonenhaushalten besonders hoch. Daher ist eine gezielte Unterstützung von Familien mit geringem Einkommen und mehreren Kindern notwendig.

Rot-Grün konzeptlos

Der Armutsbericht enthält kein Konzept, wie sich die Landesregierung die Bewältigung der Armut vorstellt. Der Ankündigung, aus dem Bericht die richtige Vorgehensweise abzuleiten, sind keine Taten gefolgt. Diese Untätigkeit wird auch durch die Regierungsfractionen untermauert: Weder SPD noch die Grünen haben einen eigenen Antrag zur Armutsbekämpfung vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf:

- Durch ein Konzept für mehr qualitätsgesicherte Bildung, gezielte beschäftigungsorientierte Standortpolitik und umfassende Unterstützung von Familien, insbesondere mit geringem Einkommen und mehreren Kindern, zu sorgen.
- Die Qualitätssicherung für alle Bildungswege zu ermöglichen.
- Die Beschäftigungslücke in Rheinland-Pfalz zu schließen.
- Nachhaltig wirksame Hilfen für hilfebedürftige Familien zu gewährleisten.

Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung (Rückläufer aus sozialpolitischem Ausschuss/HH-Begleitantrag)

Menschenwürde achten – bis zuletzt. Unser Antrag zielt auf die Verwirklichung eines landesweiten, flächendeckenden Hospiz- und Palliativangebots. Denn es ist ein Gebot der Menschlichkeit, schwerkranken Menschen Hilfe im Sterben zu bieten. Dazu gehört medizinische, pflegerische, psychologische und seelsorgerische Hilfe. Diese Hilfe muss ausgebaut werden.

Deshalb ist die Hospiz- und Palliativversorgung überall dort zu stärken, wo Menschen ihre letzte Lebensphase verbringen, also zu Hause, im Krankenhaus, im Pflegeheim oder in einem Hospiz. Zugleich sind Information und Beratung zu verbessern, damit Hilfsangebote besser bekannt sind.

Wir fordern u. a.:

- In Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft darauf hinzuwirken, dass palliativmedizinische Kompetenzen in der Ärzteschaft weiter ausgebaut werden.

- Der Bedarf an Palliativstationen und Palliativbetten im Rahmen der Krankenhausplanung künftig besonders zu berücksichtigen.
- Darauf hinzuwirken, dass wenigstens die in der Fachwelt vertretene Quote eines SAPV-Teams pro 250.000 Einwohner realisiert wird.
- Die Bedarfsentwicklung in der ambulanten Hospizarbeit zu überwachen und eine bedarfsgerechte Versorgung zu fördern.
- Die bisher bezogen auf die Einwohnerzahl unterdurchschnittliche Zahl der Hospizbetten zu erhöhen und eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Leistungserbringern und den verschiedensten Berufsgruppen anzustreben.

Liste der sicheren Herkunftsländer ausweiten

Sagen können und müssen, was schief läuft - die Vorkommnisse in Köln und anderen großen Städten zu Beginn des Jahres haben auf tragische Weise deutlich werden lassen, wie falsch es ist, vor der Kriminalität von Asylsuchenden aus bestimmten Herkunftsländern die Augen zu verschließen.

Insbesondere Asylsuchende aus Marokko, Algerien und Tunesien werden überproportional straffällig. Gleichzeitig liegt ihre Aner-

kennungsquote als Asylsuchende bei lediglich rund einem Prozent.

Reduzierung der Flüchtlingszahlen

Ein Mittel, diese Asylsuchenden leichter ausweisen zu können, ist die Aufnahme ihrer Heimatstaaten in die Liste der sicheren Herkunftsländer. Dies wird auch zu einer dringend benötigten Reduzierung der Flüchtlingszahlen führen.

Denn das Konzept der sicheren Herkunftsländer hat sich bereits bei Asylsuchenden vom Balkan bewährt – seitdem Kosovo, Albanien und Montenegro zu den sicheren Staaten zählen, ist die Zahl der Asylsuchenden von dort drastisch zurück gegangen.

Keine erneute Blockade durch Rot-Grün

Die notwendige Einstufung der Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer hatte Frau Dreyer unter dem Einfluss des grünen Koalitionspartners lange abgelehnt. Erst nach großem Druck von Bundesseite stimmte Rot-Grün im Bundesrat zu. Wir erwarten, dass sich die Landesregierung dieses Mal kooperativer zeigt und im Bundesrat so schnell wie möglich eine entsprechende Initiative startet.

Frauenrechte sind nicht verhandelbar – Taten statt Symbolpolitik

Keine Diskriminierung von Frauen und keine Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Die Silvesternacht in Köln hat ein Schlaglicht darauf geworfen, wie verletzlich Frauenrechte sein können. Vor allem dann, wenn sich Teile der Öffentlichkeit weigern, negative Seiten der Einwanderungsgesellschaft zu thematisieren.

Unterdrückung von Frauen

Zu uns kommen Menschen aus anderen Kulturkreisen, die in Teilen ein patriarchalisch-autoritär geprägtes Verständnis von Geschlechterrollen mitbringen. Es ist ein Unterschied, ob Frauenverachtung in einer Gesellschaft zum Dogma erhoben wird, sexualisierte Gewalt gegen Frauen zum Alltag gehört und auch staatlich geduldet wird, oder ob die

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf:

- Sich für die Aufnahme von Marokko, Algerien und Tunesien in die Liste der sicheren Herkunftsländer auszusprechen.
- Asylsuchende aus diesen Ländern nicht mehr auf die Kommunen zu verteilen.
- Die Abschiebung dieser Asylsuchenden direkt aus der Erstaufnahme landeszentral vorzunehmen und angesichts des häufig auftauchenden Strafpotentials auch die Möglichkeit des Rückführungsgewahrsams stärker in den Blick zu nehmen.

Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Verfassung festgeschrieben ist und von der Gesellschaft im Alltag gelebt wird.

Taten von Köln Angriff auf unsere Gesellschaft

Die CDU-Fraktion verurteilt die Taten der Silvesternacht. Die gemeinschaftlich, massenhaft und organisiert begangenen, sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und in anderen deutschen Großstädten waren ein Angriff auf alles, wofür Frauen in unserer Gesellschaft lange gekämpft haben. Denn diese verletzenden Angriffe haben nicht nur die Opfer geängstigt und ihnen großes Leid zugefügt, sondern im ganzen Land Frauen verunsichert.



Wahrheiten nicht verschweigen

Die Taten der Silvesternacht lassen auch verunsicherte Strafverfolger und Polizisten zurück. Dies betrifft unter anderem die Frage, ob und in welchen Fällen künftig die Herkunft von Tätern öffentlich genannt werden kann oder muss. Denn im Kontext mit den Übergriffen von Köln wurde gegenüber der Kölner Polizeiführung sowie der nordrhein-westfälischen Landesregierung der Vorwurf erhoben, die Herkunft der Täter bewusst verschwiegen zu haben. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es seit dem Jahr 2011 eine unter der Zuständigkeit der damaligen Sozialministerin erstellte „ZIELVEREINBARUNG für ein Miteinander ohne Vorbehalte“. Darin ist festgelegt, dass in der Berichterstattung der Polizei die „Nationalität beteiligter Personen“ nur dann genannt werden soll, wenn dafür „ein polizeiliches Erfordernis vorliegt“.

Die CDU-Fraktion bekräftigt in ihrem Antrag:

- Unsere verfassungsmäßigen Werte sind nicht verhandelbar und gelten auch für Menschen aus anderen Kulturkreisen, die sich in Deutschland aufhalten.
- Die Taten von Köln und anderen großen deutschen Städten in der Silvesternacht müssen rückhaltlos aufgeklärt und strafrechtlich verfolgt werden. Dazu gehört auch, dass Verurteilung und Strafe zeitnah zur Tat erfolgen muss. Dies erfordert auch eine bessere personelle Ausstattung von Polizei und Justiz.
- Es darf keine Rücksicht auf kulturell begründete Motivationen für Diskriminierungen und Gewalt gegen Frauen geben.
- Es darf keine falschen Rücksichtnahmen auf die Herkunft von Tätern geben.
- Die Polizei darf nicht durch informelle Vorgaben und ein entsprechendes Meinungsklima daran gehindert werden, gegen kulturell-religiös motivierte Gewalt gegen Frauen vorgehen zu können.
- Flüchtlinge, die sich der sexuellen Nötigung und/oder Gewalt schuldig machen und verurteilt werden, müssen so schnell wie möglich abgeschoben werden.
- Vorhandene Gesetzeslücken müssen geschlossen und das Sexualstrafrecht muss verschärft werden.
- Bereits in den Schulen muss der kulturell-religiös motivierten Diskriminierung von Frauen durch eine konsequente Vermittlung und Durchsetzung der Gleichberechtigung entgegengewirkt werden. Das kann nicht zuletzt durch Islamunterricht geschehen, bei dem in Deutschland ausgebildete Lehrer eingesetzt werden müssen.
- Im Sexualkundeunterricht muss als Teil der Präventionsarbeit nicht zuletzt auch der fehlleitende „Ehrbegriff“ patriarchalischer Gesellschaften aufgebrochen werden.
- Die islamischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz müssen stärker in die Pflicht genommen werden, die Diskriminierung von Frauen und sexuali-

sierte Gewalt zu verurteilen und zu bekämpfen.

- Der Landtag spricht sich für ein Integrationspflichtgesetz aus, das die

Übernahme unserer gesellschaftlichen Werte einfordert, und für ein Verbot der Vollverschleierung.

Kommunen entlasten – Flüchtlingsbewegungen neu ordnen und reduzieren

Enorme Hilfeleistung - die Kommunen haben im vergangenen Jahr bewiesen, was es heißt, rasch und unbürokratisch zu handeln. Mit großem Einsatz und dem Engagement vieler Ehrenamtlicher haben sie dafür gesorgt, dass die große Zahl an Flüchtlingen untergebracht und versorgt wurden.

Diese Anstrengung lässt sich aber nicht wiederholen, ohne unsere Gesellschaft zu überfordern. Deshalb brauchen wir wirksame Maßnahmen, um den Zuzug neuer Flüchtlinge in die Kommunen zu reduzieren und gleichmäßig auf das Land zu verteilen.

Freie Plätze zur Entlastung von Kommunen nutzen

Weil sich die Zuzugszahlen in den vergangenen Monaten reduziert haben, sind in den Erstaufnahmeplätzen des Landes (nach Angaben der Landesregierung) rund 2000 Plätze frei. Bei voller Auslastung der Plätze könnte die wöchentliche Zahl der Flüchtlinge, die in den Kommunen eintreffen, gesenkt werden. Dies entlastet Ehrenamtliche, kommunale Behörden und den Wohnungsmarkt.

Gleichmäßige Verteilung notwendig

Naturgemäß zieht es viele Asylsuchende in die Städte und Ballungsräume. Eine Analyse der Agentur für Arbeit hat ergeben, dass die Hälfte der Asylsuchenden in Deutschland in gerade einmal 33 Kreisen lebt. Dies ist gera-

de aus integrationspolitischer Sicht problematisch. Zum einen steigt durch die Konzentration das Risiko für das Entstehen von Parallelgesellschaften.

Zum anderen benötigen aber die Städte und Gemeinden auch Verlässlichkeit in der Planung ihrer Maßnahmen. Ob Wohnungen, Deutschlehrer oder Integrationskurse: Wenn die Zahl der Asylsuchenden permanent schwankt, gibt es in den Verwaltungen zwangsläufig Fehlplanungen in der Finanzierung.

Steuerung durch Residenz- und Wohnsitzpflicht

Auch unter dem Gesichtspunkt des demografischen Wandels ist es sinnvoll, die Verteilung der Menschen gleichmäßig zu steuern.

Hierzu sind zwei Instrumente notwendig:

- Die Residenzpflicht für Asylsuchende besagt, dass der Asylsuchende für die Zeit des Verfahrens den zugewiesenen Landkreis, bzw. die zugewiesene kreisfreie Stadt nicht verlassen darf. Der Bewegungsradius kann geografisch auch weiter definiert werden. Der Wohnsitz darf nicht verlegt werden. Die Residenzpflicht hilft, einen

Überblick über den Verbleib der Asylsuchenden zu behalten und erschwert das Untertauschen von abgelehnten Asylsuchenden.

- Wohnsitzpflicht für anerkannte Flüchtlinge, sobald diese der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht im Wege steht. Sie ermöglicht vollständige Bewegungsfreiheit, gibt aber einen festen Wohnort vor.

Rot-Grün hatte die Residenzpflicht 2013 abgeschafft. Dies ist für uns angesichts der aktuellen Situation nicht mehr haltbar.

Die CDU-Fraktion fordert von der Landesregierung:

- Die freien Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen dafür zu nutzen, die Zuweisungen von Asylsuchenden an die Kommunen deutlich zu reduzieren.
- Die Residenzpflicht innerhalb von Rheinland-Pfalz wieder einzuführen.
- Eine bundesweite Wohnsitzpflicht für anerkannte Asylsuchende und Flüchtlinge voranzubringen.

Sicherheit der Bürger gewährleisten – Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene konsequent umsetzen

Überlastete Polizei-Beamte. Neue Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen: Rheinland-Pfalz hat bundesweit die wenigsten Polizisten.

Personalmangel

Wie die CDU-Landtagsfraktion kritisieren auch die Polizeigewerkschaften seit langem den Personalmangel bei der Polizei. Die Überstunden (jetzt 1,7 Mio.), der Krankstand und die Dienstunfähigkeit steigen. Das sind Indikatoren für eine Überlastung der Beamtinnen und Beamten.

Vorsorge ist nötig

Neue Polizisten können nicht von heute auf morgen eingestellt werden. Die Ausbildung dauert 3 Jahre an der Polizeischule und nochmal 2 Jahre bei der Bereitschaftspolizei.

Wie viele Polizisten wann ausscheiden ist lange im Voraus bekannt. Der zuständige Minister Lewentz hat über Jahre konsequent weniger Anwärter eingestellt als Abgänger prognostiziert waren. Damit hat er die Handlungsfähigkeit der Polizei gefährdet.

Einstellungszahlen erhöhen

Die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln haben deutlich vor Augen geführt, wie wichtig ein aufgabengerechter Personalbestand bei der Polizei ist.

Es müssen dringend weitere 300 neue Stellen geschaffen werden, um die Polizei hier im Land für die Zukunft personell gut aufzustellen. Dies hat die Landesregierung bei den kürzlich abgeschlossenen Haushaltsberatungen abgelehnt. Wir erneuern diese Forderung.

Technische Ausstattung verbessern

Die Ereignisse in Köln zeigen zudem, dass der umfassende Einsatz von Bodycams nicht nur ein probates Mittel ist, Gewalt gegen Polizisten einzudämmen. Dies kann auch helfen, Straftaten zu vermeiden, weil es präventiv wirkt und zugleich aufzuklären und zu beweisen. Ähnliches gilt für den verstärkten Einsatz von Videokameras an neuralgischen Punkten.

Auch hier gibt es seit Jahren Initiativen der CDU-Landtagsfraktion, die von den Regierungsparteien abgelehnt wurden. Hätte Herr Lewentz 2014 gehandelt, müsste er heute bei Bodycams nicht über Beschaffungsprobleme klagen. Wir wollen den flächendeckenden Einsatz von Bodycams, den verstärkten Einsatz von Videokameras an neuralgischen Punkten und eine erleichterte Ausweisung von straffällig gewordenen Ausländern. Letzteres muss die Landesregierung auf Bundesebene unterstützen.

Zwischen Prävention und Repression – Religiösen Extremismus bekämpfen

(Besprechung einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion, dazu Vorlage eines Entschließungsantrags)

Gefährliche Anwerbung. Sicherheitsbehörden berichten, dass radikale Salafisten immer stärker versuchen, unter jungen Muslimen und Flüchtlingen Fuß zu fassen. Nur eine Minderheit der in Deutschland lebenden Muslime gilt als Islamisten, darunter etwa 8 000 Salafisten. Fakt ist, dass nicht jeder Salafist ein Terrorist ist oder zu einem wird. Aber: Fast alle der bekannten deutschen Dischadisten hatten vor ihrer Ausreise Kontakt zu einem salafistischen Hassprediger. Salafistische Propaganda und Prediger sind der Nährboden für Radikalisierung.

Zahl der Salafisten steigt

In Rheinland-Pfalz ist die Anzahl der radikalen Salafisten in den letzten Jahren gestiegen. Zudem hat die Landesregierung bestätigt, dass in jüngster Zeit radikale Salafisten aus den Krisengebieten nach Rheinland-Pfalz

zurückgekehrt sind. Von diesen Personen geht eine erhöhte Anschlagsgefahr aus.

Landesregierung untätig

Dennoch hat die Landesregierung bislang keine ausreichenden präventiven Maßnahmen ergriffen. Seit über einem Jahr werden zahlreiche Maßnahmen angekündigt, ohne dass diesen Ankündigungen Taten folgen. Die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion „Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus“ (Drs. 16/5009) hat zudem gezeigt, dass die Landesregierung viel zu geringe Mittel für den Bereich der Islamismusprävention im vergangenen Haushalt veranschlagt bzw. abgerufen hat. Auch im aktuellen Haushalt 2016 sind die veranschlagten Mittel unzureichend.

Mehr Prävention

Die CDU-Fraktion will deutlich machen: Salafismus und Islamismus haben in Deutschland keinen Platz. Sie müssen entschieden und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Einige Bundesländer planen die Einrichtung von Präventionsnetzwerken gegen salafistische Radikalisierung oder haben solche bereits eingerichtet. So gibt es in Niedersachsen seit April vergangenen Jahres eine Beratungsstelle gegen Islamismus. Hier können sich Betroffene melden, ohne direkt vom Verfassungsschutz ins Visier genommen zu werden. Auch das Land Hessen hat ein solches Präventionsnetzwerk aufgebaut, in dessen Mittelpunkt eine zentrale Beratungsstelle und ein Fachbeirat stehen. Zu den Aufgaben gehören Präventions- und Interventionsmaßnahmen, insbesondere eine Beratung von Angehörigen und die Schaffung eines Ausstiegsprogramms für Radikalisierte.

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf, hier schnellstmöglich tätig zu werden und schlägt folgende Maßnahmen vor:

- Zeitnah auch in Rheinland-Pfalz ein effektives Präventionsnetzwerk einzurichten, das insbesondere auch eine Beratung von Angehörigen und die Schaffung eines Ausstiegsprogramms für Radikalisierte umfassen soll.
- Dafür zu sorgen, dass im Schulunterricht noch stärker auf extremistisches

Gedankengut eingegangen und sich insbesondere mit religiös motivierten Terrorismus auseinandergesetzt wird.

- Dass für Lehrkräfte Islamismusprävention in die Aus- und Fortbildung integriert wird.
- Bei der ADD feste Ansprechpartner für die Islamismusprävention zu benennen.
- Moscheevereine und muslimische Glaubensgemeinschaften in die Islamismusprävention stärker einzubinden.
- Präventionsprojekte in Jugendzentren und in Jugend- und Sportverbänden zu fördern.
- Die Integrationsarbeit bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen und Sportverbänden sowie kulturellen Verbänden weiter auszubauen.
- Sich für die Einrichtung von kommunalen Beratungsnetzwerken einzusetzen, die sich aus Vertretern aus den Bereichen der Sozialarbeit, Schulen, Jugendhilfe und Eltern zusammensetzen. Hier ist auch auf die islamischen Verbände, die Moscheevereine und muslimischen Glaubensgemeinschaften einzuwirken, sich intensiv an der Präventionsarbeit zu beteiligen.

Mündliche Anfragen

Konsequenzen der Landesregierung aus den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln

(Matthias Lammert, MdL und Christian Baldauf, MdL)

1. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung, die bislang jede Forderung der CDU-Landtagsfraktion nach einer Ausweitung der Videoüberwachung und des Einsatzes von Bodycams abgelehnt hat erst jetzt eingelenkt, nachdem es zu den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln gekommen ist?
2. Ist die Landesregierung vor dem Hintergrund des geplanten Einsatzes von Bachelorstudenten der Hochschule der Polizei an Fastnacht nach wie vor der Ansicht, dass die Polizei in unserem Land gut aufgestellt ist?
3. Wie viel Prozent der Beamten bei der Bereitschaftspolizei wurden mittlerweile an die Polizeipräsidien abgeordnet?
4. Werden an den Fastnachtstagen genügend Beamte der Bereitschaftspolizei für landesweite Noteinsätze bereitgehalten, oder werden sich alle Beamten der Bereitschaftspolizei im Einsatz befinden?

Einsatz von Polizeischülerinnen und -schülern an Fastnacht

(Matthias Lammert, MdL)

1. Wie viele Polizeischülerinnen und -schüler sollen an Fastnacht eingesetzt werden?
2. In welchem Studiensemester befinden sich die einzusetzenden Polizeischülerinnen und -schüler?
3. Wie lautet die Begründung für diesen Einsatz?
4. Hat es einen vergleichbaren Einsatz an Fastnacht bzw. bei vergleichbaren Großveranstaltungen schon einmal gegeben?

Auswirkungen der „ZIEL-VEREINBARUNG für ein Miteinander ohne Vorbehalte“ auf die Arbeit der rheinland-pfälzischen Polizei

(Matthias Lammert, MdL)

1. Wie bewertet die Landesregierung diese Vereinbarung vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln?
2. Ist der Landesregierung bekannt, in welcher Art und Weise und in welchem Umfang die rheinland-pfälzischen Polizeibehörden im Rahmen ihrer Arbeit von dieser Vorgabe Gebrauch gemacht haben?
3. Kann die Landesregierung ausschließen, dass die rheinland-pfälzischen Polizeibehörden die Vorgabe so verstanden haben, dass die Herkunft der Täter so oft wie möglich nicht in Polizeiberichten erwähnt wird?
4. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass das Verschweigen der Nationalität mit der von ihr selbst politisch vorgegebenen Agenda, die Arbeit der Verwaltung für den Bürger transparenter zu gestalten, vereinbar ist?

Abschiebungen in Rheinland-Pfalz

(Adolf Kessel, MdL und Susanne Ganster, MdL)

Rot-Grüne Planungen für ein Integrationsgesetz

(Adolf Kessel, MdL und Simone Huth-Haage, MdL)

Jüngste Forderungen der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (IHKs)

(Martin Brandl, MdL)

Haltung der Landesregierung zu aktuellen Maßnahmen der Zuzugsregulierung

(Adolf Kessel, MdL und Matthias Lammert, MdL)